

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Vertrieb: wöchentlich Samstag, Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,20 M., halbjährlich 2,40 M., jährlich 4,80 M. Einzelhefte für Arbeiterinnen 75 Pfg., Geschäfts- und Vereinsabnehmer 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 100. Inhalt der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Kleinige Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 21.

Duisburg, den 24. Mai 1919.

20. Jahrgang

## Die deutsche Not!

### Un die christl.-nationalen Arbeiter und Angestellten Deutschlands!

Kameraden! Die Feinde haben den Vertretern des deutschen Volkes Friedensvorschlüge unterbreitet, deren Inhalt Herrlichkeit und Niederbruch des deutschen Volkstums und dauernde Verklammerung der deutschen Arbeit darstellt. Wegen dieser Ungeheuerlichkeit, die in der Geschichte der Völker ihresgleichen sucht, rufen wir Euch auf!

Im Vertrauen auf bestimmte Vorschläge Wilsons, die einen Frieden des Rechts und der Billigkeit versprechen, hat das deutsche Volk die Waffen endgültig niedergelegt. Der Feind hat den Waffenstillstand benutzt zu einer Fortsetzung des grausamen Hungerkrieges. Schwere Opfer fordert er. Die besetzten Gebiete müssen schmachvolle Beschränkungen und Quälereien auf sich nehmen. All das wird in den Schatten gestellt durch die Mordlust, Brutalität und Grausamkeit der Bestimmungen des Friedensvorschlages.

In Ost und West soll unser Volkstörper verstümmelt werden. Sterbende Gebiete will man losreißen.

Unser einst so blühendes Industrie- und Gewerbeleben wird ins Meer getroffen.

Auf Kohle und Eisen beruht die deutsche Wirtschaft. Nun sollen wir verlieren das lohnbringende Erzgebiet, die Kohle Oberschlesiens und des Saarlandes, und von dem uns verbleibenden Rohmaterial sollen wir jährlich noch 40 Millionen Tonnen dem Feind übergeben. Niemals mehr würde sich unsere Industrie von diesem Schlage erholen!

Millionen von uns müßten außer Landes gehen,

oder in der Heimat ein jämliches Dasein fristen.

Der in allen Einzelheiten raffiniert ausgearbeitete Beruhigungsplan des Feindes sieht in zahllosen Bestimmungen Belastungen und Beschränkungen unsäglichster Art vor. Alle unsere finanziellen Mittel, die Frucht unserer Arbeit, sollen nicht dem Feind zur Verfügung stehen. Nicht einmal das geringste Recht der Versorgung unserer Kriegesbeschädigten, Witwen und Waisen soll uns verbleiben, ehe nicht der letzte Geschlingel des Feindes befestigt ist.

So soll ein Volk von 68 Millionen Menschen einer verblüffenden Macht und der schneidenden Klau des fremden Kapitalismus geopfert und ihm tributpflichtig gemacht werden.

Sohnsklaven wären wir, unsere Kinder und Kindeskinde.

Kameraden! Niemals werden wir uns solchem Schicksal beugen und geknien rufen wir es den fremden Kapitalisten zu: Immermehr lassen wir uns verfluchen.

Wir abhellen an das Gewissen der Welt, das so Ungeheures nicht geschehen lassen kann.

Wir abhellen an Euch Arbeiter aller Länder! Ihr müßt bedenken, was Ihr der Lohnarbeiterklasse insgesamt schuldig seid. Laßt Ihr solches Verbrechen an uns geschehen, es wird sich an Euren eigenen Fleisch und Blut rächen.

In dieser Stunde höchster Not und schmerzvollster Entscheidung stellen wir uns mit dem ganzen deutschen Volk einmütig hinter die Reichsregierung. Und mit ihr rufen wir in Stadt und Land:

Dieser Friede ist unmöglich!

Nur ein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit wird die Menschheit aus der Fiske des Verräters und Vorkrieges zu den Höhen friedlicher Verständigung hinaufführen können.

Berlin, den 12. Mai 1919.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Das fürchterlichste und Schändlichste, das je ein Mensch erlebt hat, ist in dem sogenannten Friedensvertrag, bei dem die Entente aufzwingen will, niedergelegt. Wir Deutsche sollen ehelos, machtlos und wehrlos gemacht werden. Wenn hat je ein großes Volk der Weltgeschichte den Friedensfeind so bis in die erschreckendsten Tiefen austreten sollen, als das deutsche. Wir sind erbärmlicher als Irland, denn wir sanken tiefer, wir sind rechtloser als Indien, denn wir lebten in dem freiesten Staat, wir sind gerichtslos, verflucht.

Das Wort, das der Industrieminister Winkler in seiner „Witton“ im Jahre 1915 lebend vorausahnte, ist ungeheure Wahrheit geworden:

„Deutschland ist Wüste. Nie wird Deutschland sein. Und liegt verkommen mitten in Europa, gewaltiger als Babylon...“

Was will die Entente!

95 000 Quadratkilometer Landfläche = 18 Prozent unseres Bestandes soll uns genommen werden. Von 540 000 Quadratkilometern sinkt Deutschland auf 445 000 Quadratkilometer

herunter. Der Verlust der Kolonien ist nicht mitgerechnet. Große Arbeitsgebiete und Arbeitsmöglichkeiten fallen fort. Hunderttausende deutsche Arbeiter sollen nun vertrieben werden, mit ihren Familien in fremden Ländern Arbeit zu suchen. Wer die Auswandererziffern der 70er und 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts kennt, schaudert bei dem Gedanken an die Auswanderung der deutschen Arbeiterfamilien zu den haßerfüllten Feinden. Armes deutsches Volk!

Dreizehn Millionen Tonnen Kohle = 63 Prozent unserer Friedensproduktion, sollen wir für die Dauer von zehn Jahren an unsere Feinde liefern. Den Preis der Kohle bestimmen die Feinde. Stellen verlangen außerdem noch, daß mindestens zwei Drittel der für Italien bestimmten Kohle auf Kosten Deutschlands auf dem Adriatischen Meer an den italienischen Bestimmungsort transportiert werden muß.

Unsere Handelsflotte soll fast reiflos in die Hände der Feinde übergehen. Außerdem muß Deutschland eine Million Tonnen (Tonne = 20 Htr.) Schiffsraum für die Feinde im Laufe der nächsten fünf Jahre bauen. Damit soll unser überseeischer Verkehr und der Aufbau des Wirtschaftslebens unmöglich gemacht werden.

Die soziale Härte für Arbeiter, Angestellte und Beamte darf in Deutschland nicht besser und wohlwollender sein, als in demjenigen Staat unserer Feinde, der auf sozialpolitischem Gebiete am weitesten zurück ist. Das heißt es ist aus mit der sozialen Fürsorge, aus mit dem Arbeiterrecht, aus mit dem Arbeiterschutz.

Unsere Steuern sollen unter feindlicher Kontrolle stehen. Die Deutschen oder bundesstaatlichen Steuerrechte dürfen nicht wohlwollender sein, als in dem feindlichen Staat, der am rückständigsten ist. Zum Beispiel ist in Preußen das Einkommen bis 300 M. steuerfrei. Ferner besteht das Kinder- und Familienprivileg, das noch weiter ausgebaut werden sollte. Wenn nun aber in Montenegro oder Japan oder bei sonst einem Volk in Amerika oder Afrika die Steuerrechte für arme oder kriegsbedingte Familien nicht vorhanden sind, werden wie durch unsere Feinde gezwungen, dieselben auch bei uns abzustreifen, nur damit diese feindlichen Teufel ihr Nachgeschick befriedigen können.

Als Zwangsmaßnahme, auch für die Kriegesgenossen, soll bis zur Tilgung der Kriegsschuldung eingestellt werden.

Deutsche Kriegesbeschädigte, Kriegswitwen und -waisen dürfen nicht eher entschädigt werden, bis wir die Kriegskosten bezahlt haben! Alles, alles soll Deutschland zahlen neben den bekannten direkten Kriegskosten. Nur für seine eigenen Soldaten und deren Hinterbliebenen darf Deutschland nichts tun. Das sind die Friedens- und Menschenfeinde, denen die Deutschen glaubten und deren Worten sie vertrauten.

Das ist nur erst der kleine Teil. Das Maß um unser Wirtschaftsleben ist so eng gezogen, so dicht, daß die deutsche Wirtschaft und mit ihr die deutsche Arbeiterschaft darin erstickt müßte, wenn sie durchgeföhrt werden.

Wir sehen unser Schicksal vor Augen. Was ist zu tun?

Das ist die bange Frage nach der Zukunft. Aber ebenso wichtig ist auch, daß wir die Vergangenheit vor unseren Augen vorüberziehen lassen.

Der Untergang des deutschen Volkes liegt in der Verleugnung und Mißachtung der Vergangenheit und seiner selbst.

Wir sprechen keine Worte mit einem solchen Horn aus, als das Wort „Wilson“ und die berühmtesten „14 Punkte“.

Wenn wir doch auch einmal mit einem solchen Horn gegen uns selbst sprächen, gegen uns selbst die Anklage erheben und daraus die Konsequenzen zögen, es würde manches besser.

Der Größte Fehler der Deutschen ist die Vertrauenslosigkeit, die Mißtrauisigkeit, und was die Väter in 99 Fällen nach der Seite hin schändeten, die Enkel taten es beim 100. Male mit einer fürchterlichen Folgerichtigkeit. Wenn Nietzsche einmal sagt: Die Menschheit könne aus der Geschichte nichts lernen, weil überall alles verschieden gelagert sei, so hat der Deutsche das voll und ganz wahr gemacht. Aber es ist eigentlich das, was Engländer und Franzosen so riesig viel aus der Geschichte lernen und in Anwendung bringen. Nur der Deutsche trotzt dabei, und ist riesig froh, wenn man ihm von anderer Seite einmal zunkelt, dann dankt er sich im Himmel.

Der Deutsche hätte wissen müssen, daß England und Amerika als wirtschaftliche Gegner nur unsere Vernichtung wollten — der Deutsche aber vertraute auf das, was Reichskaffe sagte, mehr, als man man ihn von besorgter deutscher Seite mahnte. Ein Beispiel dafür:

Als im Jahre 1917 das bekannte und geföhrt gebrauchte Wort des sogenannten Verständigungsfriedens durch unsere Gegner in die deutsche Seele gedröhrt wurde, da schrieb schon

unser Verbandsorgan: „Derjenige hat aus der Geschichte Englands nichts gelernt, der sich der ibrigen Ansicht hingibt, als ob England jemals sich mit einem wirtschaftlichen Gegner verständigen wollte. Es hat keine wirtschaftlichen Gegner. Spanien, Holland, Frankreich wirtschaftlich erschöpft und das selbe Schicksal will England auch uns bereiten. Einen christlichen Frieden hat England niemals gekannt.“

Daß diese Worte von links angegriffen wurden, wußte nicht weiter Wunder, aber selbst eine ganze Anzahl unserer Kollegen glaubte, wir hätten dem „Lebensbrot“ England wehe getan. Die Sozialdemokratie sah als letztes Ziel den Frieden um jeden Preis und Adolf Hoffmann verstande noch im August 1918, wenn wir die Hohenzollern weggesagt und die Demokratie eingerichtet hätten, dann würden alle Nationen um ihre Brüder nennen. Man muß doch grimmig lachen über diese wunderbare Ideologie. Man sah aber wollte Englands Politik nicht sehen. England hat sich an der Geschichte des alten Rom gebildet und der Vernichtungskriege von Karthago sollte es bei uns wiederholen.

Der innere Grund für diesen Frieden liegt im Deutschen selbst, weil er sich selbst vergaß. Es hat nicht viel Zweck, jetzt zu kämpfen, sorgen wir dafür, daß unsere Seele und unser deutsches Sein sich heben.

Aber wie steht es da. Wäre die Landestrainer nicht „besohlen“, wie viele würden trauern? Berlin? Augenblicklich sind ja Protestversammlungen um Protestversammlungen. Doch all das Ganze ist die Reichshauptstadt nur wieder einmal eine neue Sentimentalität. Auch im übrigen Deutschland? Es werden freilich Protestversammlungen abgehalten, aber der Untergrund alles dessen scheint das Vergnügen zu sein. Und dieses Gieber kreist durch den gesamten Volkstörper.

Solange wir nicht den Mut zur eigenen Erneuerung haben, werden wir aus dem Chaos nicht herauskommen.

Solange werden aber auch die Gegner nur höhnisch über uns hinwegsehen, denn eine Nation, deren weiteste Kreise in der Zeit des fürchterlichsten Niederganges als eines der höchsten Ziele nur das Zangen kennen, ist nicht zu fürchten. Sie ist erbärmlich und verachtenswert. Wenn unsere Gegner uns so einschätzen, wer trägt dann die Schuld?

Der äußere Grund für den schrecklichen Frieden ist die Revolution vom 9. November,

die uns wehrlos machte, die unser Heer aufhob, die im Inneren Teile auseinanderriß und uns den grimmigsten Feinden preisgab. Die Väter der Revolution mögen sich freuen wie sie wollen. Der 9. November und der 8. Mai sind Mutter und Tochter.

U. S. Haase verkündet uns, daß die Weltrevolution auf dem Marsche sei. In dieser Zeit ist es noch stärker als sonst, dem Volke Wollust und Wonne vorzutreiben. Geben wir uns keinen Täuschungen über Stellung durch die Weltrevolution hin, sondern setzen wir wissen und nicht verschleierte Augen der Zukunft entgegen. Vielleicht, daß beim ersten ein Funke von Hoffnung fliebt.

Unser Volk muß hart werden.

Nicht die Masse allein, die ist wahrlich durch die härteste Schicksale des Lebens gegangen, sondern vor allem das Vorgesetzte, das individualistische und verweichlichte ist. Mit verweichlichten Menschen bauen wir das neue Deutschland nicht auf. Die Not der Zeit muß die Stände und Personen näher zusammenführen, nicht paragraphenmäßig, sondern aus seelischer Notwendigkeit.

Der Arbeiter muß gleichgeachtet neben dem Grafen stehen.

Die schnelle Arbeiterkraft muß wieder geehrt werden. Ein zügiges Band, in Gleichberechtigung und Gleichberechtigung aller in Staat und Gesellschaft muß uns umschließen.

Aber trotz der fürchterlichen Zukunft werden wir noch echter christlicher Metallarbeiterpat den Kopf hochhalten, und fürchtlos dem Schrecklichen entgegenstehen.

Die Weltgeschichte hat einen langen Atem

und unaufhörlich rollt ihr Rad.

Auch unsere Stunde schlägt. Hören wir darauf.

Das deutsche Volk aber mag sich auf sich selbst verlassen. Es gibt Zeiten, wo jeder nur ein Samenkorn ist, das in der Erde gelegt wird zu späterer Frucht. Aber was soll das arme Land, das wir haben. Mehr als je soll es in unseren Herzen klingen: Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen.



### Zechenmetallarbeiter

Durch den erheblichen Mitgliederzuwachs zum Christlichen Metallarbeiter-Berband bemerken die Zechenmetallarbeiter, daß sich unter ihnen die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, ihre wahrhafte Interessengruppierung nur in ihren Berufsverbänden zu finden. Für die auf christlichem Boden stehenden Kollegen ist das der Christliche Metallarbeiter-Berband, der jederzeit für die Zechenmetallarbeiter einzutreten ist. Das sieht man z. B. an der jüngsten Lohnbewegung der Zechenhandwerker, Felzer und Maschinisten. In den Monaten Januar und Februar betrug der Schichtlohn der gelehrten Handwerker noch auf vorkriegs Zechen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenreviers 10 bis 12 Mark, nur auf einer Reihe von Zechen in der Nähe der großen Städte betrug er 12 bis 14 M., und kam in ganz wenigen Ausnahmefällen auf 15 Mark heran. Jetzt dagegen verdienen dieselben Handwerker auf Zechen in teilsweise ländlichem Gebiet 16 bis 18,50 Mark und im engeren Industriegebiet 16 bis 17,50 Mark, in letzterem durchschnittlich 16,80 bis 17,20 Mark. Das sind Lohnsteigerungen von 2,50 bis 6 M. täglich! Die Zechenmetallarbeiter, Schloffer, Schmiede, Dreher, Klempner, Gestirler, Hobler, Bauhölzer, Buschhäger, Feilzer, Kesselmacher, Schweißschneider, Monteure und Maschinisten aller Art haben in der Bewegung neunmadrück, zum großen Teil recht erhebliche Vorteile erzielt und werden auch die Hauptgewinne aus dieser Lohnbewegung zufließen lassen. Der letzte Lohnbeschluss muß seiner Berufsorganisationszustand entsprechen, dann können die bisherigen Erträge ausgebaut und die Lohnverhältnisse einheitlich gestaltet wie vor es ist. Für die Zechenmetallarbeiter heißt darum nach wie vor die Parole: „Einmütig in den Christlichen Metallarbeiter-Berband!“

### Das Recht auf Arbeit

Das Sozialversicherungs-Gesetz vom 23. März 1919 verkündet in Paragraph 1, Abs. 2: „Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutz des Reiches. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeitslosigkeit nach geschicktem Verhalten nicht zu vermeiden ist, wird für sein notwendiger Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.“

Hierdurch ist für alle Hand- und Kopsarbeiter „das Recht auf Arbeit“ anerkannt, das seit mehr als 100 Jahren von deutschen, französischen und englischen Sozialphilosophen und Politikern verfochten worden ist.

Der deutsche Philosoph Fichte entwarf bereits in den „Grundgesetzen des Naturrechts“ (1797) und im „Geschlossenen Handelsstaat“ (1800) ein vollständiges System zur Durchführung des „Rechts auf Arbeit“ und forderte als Erwähnung der Arbeitspflicht vom Staate, „Anstalten zu treffen, damit auch wirklich Jedermann von seiner Arbeit soll leben können, und zwar derart, daß keiner eher rechtlichen Anspruch auf die Hilfe des Staates haben sollte, als er nachgelassen, daß er in seiner Ehre alles getan, sich zu erhalten und daß es ihm dennoch nicht möglich gewesen“. Der Hof Fichte's verhoffte in Deutschland fast unabhörl. Noch war hier die Massenarbeitslosigkeit, die die später einsetzende industrielle Entwicklung in immer steigendem Maße begleitete, eine unbekannte Erscheinung.

In Frankreich vertrat zuerst F. Fourier (geb. 1772) in mehreren Schriften das „Recht auf Arbeit“, und er bezeichnete es als das wichtigste aller Menschenrechte. „Wir haben“, so rief er aus, „Jahrhundert von den Menscherechten gekostet, ohne daran zu denken, das allernotwendigste anzuerkennen, das Recht auf Arbeit, ohne welche das andere nichts ist.“ Fouriers Propaganda hatte sich nur auf eine theoretische Propaganda dieses sozialen Grundrechtes, beschränkt und erst nach dem Sturz des Kaisertums (24. 2. 1848) gelangte die agitation Fouriers und seiner Schüler praktische Ergebnisse: Die provisorische französische Regierung ließ unter dem Druck einer Massen demonstration der Pariser Arbeiterschaft durch den Sozialisten Louis Blanc das Recht auf Arbeit verkünden. Der zur Durchführung des Regierungsbeschlusses gemachte Versuch, bauernde Nationalwerkstätten einzurichten, schlug aber fehl. Die Arbeiter, denen der Sturz des Kaisertums zu danken war, fürchteten sich um die Früchte der Revolution betrogen. Es brach der Juliausstand aus, der aber nach dreitägigen blutigen Kämpfen niedergeschlagen wurde, und im September 1848 schickte die Nationalversammlung, der die Wahlen eine starke bürgerliche Mehrheit gebracht hatten, „das Recht auf Arbeit“ mit 618 gegen 187 Stimmen ab. Und seit dieser Zeit harret die Forderung in Frankreich noch bis heute der Erfüllung.

Auch in England, dem bereits früh industriell hochentwickelten Lande, mißlang der von dem Menschenfreund Owen nach der schweren Wirtschaftskrise 1811 unternommene Versuch, Arbeitslose in staatlichen „Etablissements“ zu beschäftigen. Die später immer wieder einsetzende Agitation um „Das Recht auf Arbeit“ führte 1908 zu dem von dem Arbeiterführer Macdonald dem Parlament vorgelegten Gesetzesentwurf, der die gesetzliche Anerkennung des Grundrechtes der Arbeiter forderte; der Entwurf wurde aber abgelehnt.

In Deutschland wurde in den 30 Jahren erneut das Recht auf Arbeit von dem uyeren Fouriers Gedankenengängen stehenden Deutschen Volk und Stromeyer eifrig literarisch verfochten, aber, wie die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlungen 1848 (Paulskirche Frankfurt a. M.) zeigen, ohne Erfolg. Der Antrag der Parlamentarier Abgeordneten Naunert und Lubwig, das Recht auf Arbeit in die Grundrechte des deutschen Volkes aufzunehmen, wurde in der Sitzung vom 9. Februar 1849 abgelehnt. Endlich nahm Bismarck die Forderung wieder auf; in der Reichstagsitzung vom 9. Mai 1848 erklärte er: „Wenn Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit... Ich werde für dieses Recht auf Arbeit eintreten, solange ich auf dieser Stelle bin.“ Aber auch diesem Bismarck'schen Willen ist die Verwirklichung der Forderung nicht gefolgt.

Heute stehen wir am Ende des dornenvollen Weges, den das Recht auf Arbeit durch die Geschichte gegangen ist: In Deutschland hat es als Wirkung der Novemberrevolution durch das Sozialversicherungs-Gesetz nunmehr seine gesetzliche Anerkennung gefunden. Wie weit sich seine Durchsetzung gestalten „Das Nähere“, so verheißt das Gesetz, „wird durch besondere Reichsgesetze bestimmt.“ Soweit kann wohl gesagt werden: Die Anstalten und tatsächlichen Voraussetzungen für eine Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit sind jetzt andere, als sie ihr günstiger geworden sind, ist sehr zu bejaumen.

Eine Frage wäre noch besonders der Erörterung im Verbandsorgan wert, es ist die einer näheren sachgemäßen Aussprache der Verammlungsmitglieder zur Tagesordnung und besonders zum Vortrag. Die Diskussionsredner im Voraus zu bestimmen, dürfte das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung zur Folge haben. Nicht nur der Diskussionsredner würde nachstens sein, sondern auch die anderen Besucher in der Angst „auch einmal dran zu kommen“. Wir verprechen uns in diesem Punkte etwas gutes von einem nachsichtlich folgenden Unterrichtsstunden mit Rücksicht. Hier sollen nicht nur Verammlungsreferenten, sondern vor allem Verammlungsredner, die die Diskussion ausfallen, herangebildet werden.

Wenn jeder an seinem Platz und wenn die Mitarbeiter besonders auch hier ihre Talente zeigen, so wird es besser werden. Besonders müssen die „Alten“ einmal wieder den Verammlungen einen Lebenshauch geben. Mögen sie doch einmal wieder ihre gewerkschaftliche Routine blenden lassen. Den „Jungen“ sei der „Alte“ Beispiel und Schutz, anerkennend und anerkennend zur Rahmung. Hier „Alten“ spricht in den Verammlungen von dem hohen Idealismus unserer jungen Gewerkschaftslitze. Das ist sehr interessant und begeistern. Gräht, wie Person und Geld in den Hintergrund trat und der Gewerkschaftsdienst nach langer Arbeit am Abend und in der Nacht dem Glanz der Bewegung galt. Wie am Sonntag der Christliche Gewerkschaftsbund von Ort zu Ort getragen wurde mit der Entschädigung innerer Bestrebung in der Folge. Davon zu sprechen in unseren Tagen ist notwendig. Bei schließlicher Arbeitszeit hat das Gros der Arbeiter immer noch „keine Zeit“ zur Standes- und Gewerkschaftsarbeit, neigen allzuviele zur Drückbergerei und Trägheit. Das aber ist mit die größte Schwachseite der Gegenwart. S. G.

### Der Vankerott der bolschewistischen Wirtschaftspolitik

Neben Mündigeren Erfahrungen schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung: In Bayern hat man hinreichend Gelegenheit gehabt, am eigenen Leibe zu erfahren, wie die in die Praxis umgesetzten bolschewistischen Theorien der bolschewistischen Volksgläubiger auf die Allgemeinheit und das Leben des einzelnen einwirkten. Die Mündigeren insbesondere sind in der Lage, nicht nur von Hörensagen und nach russischen Berichten über Wirtschaftsbolschewismus sprechen zu können, sondern können aus dem reichen Schatz sehr teuer erkaufter Erfahrungen ein Bild darüber ziehen.

Dobwohl der Kampf dem Kapitalismus gelten sollte, muß gerade das Mittel- und Kleinbürgertum am allermestten unter diesem Druck leiden. Ihre Betriebe wurden zuerst zusammengebrochen. Erst als in den Betriebsräteversammlungen die Stimmen immer lauter wurden — wir folgen hier der Darstellung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ —, daß verschiedene Unternehmen außerhalb seien, weiterhin Ökonomie auszuwählen, kam man — zu spät — zur Erkenntnis, daß die Verrentung und Ausschöpfung der ständigen Mittel schließlich den Arbeiterstand am schwersten treffen müsse. So stellte man schließlich das sinnlose Arbeitsverbot ein. Inzwischen aber hatte der Streik den Wirtschaftslieben nur noch langer Zeit erst, zum Teil nie wieder gutzumachende Wunden geschlagen. Lohnzahlungen ohne jede Gegenleistung und ohne jede Produktion mußten jedes Wirtschaftsleben auf die Dauer zugrunde richten. Auf zehn Millionen Mark wurde schon vor Ablauf des Generalstreiks die Summe angegeben, die das Kleinvermögen für die Streikzeit zu erbringen habe. 800 000 Mark mühten allein für jene Arbeiter aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, die von ihren Arbeitgebern nicht mehr bezahlt werden konnten. Das verteuerte die „Regierung“, so daß der „Volkseinstrom“ für Finanzen den Ausdruck nicht unterdrücken konnte, es gehe nicht an, daß in der Väterrepublik zehnfach mehr verbraucht werde, als unter der früheren Regierung. Während für unproduktive Zwecke, so vor allem für die rote Armee, große Summen verschlungen wurden, fehlten jede Gegenleistung und alle Einnahmen. Die städtische Straßenbahn, also ein sozialisierte Betrieb, hatte täglich einen Einnahmeverlust von 80 000 Mark. Der Produktionsausfall in Gewerbe und Industrie darf auf mindestens 140 Millionen Mark angeschlagen werden. Die Detailschäden hatten einen Verkaufsausfall von mindestens 50 Millionen Mark! Länger als der Generalstreik lähmte die bösige „Polizei“, welche die ganze Zeit der Väterherrschaft andauerte, das ganze Wirtschaftsleben. Alle Waren harrten dergestalt der gewünschten Arbeit.

Die Kohlennot zwang viele Betriebe zum Schließen, so vor allem die Brauereien. Die Zahl der Arbeitslosen stand vor gewaltigem Anschwellen. Dies bedeutete weitere Gefährdung der öffentlichen Finanzen durch Arbeitslosenunterstützung, Zahlungen zu unproduktiven Zwecken — Verlust des Volkseinkommens. Die Kohlennot drohte auch die Bäckereien stillzuliegen, so daß noch das letzte einzige anscheinend gesichertes Lebensmittel, das Brot, auszugehen drohte. Die Lebensmittelversorgung war derart in der Abnahme begriffen, daß die Auszehrung nur noch eine Frage von ganz wenigen Tagen war. Während die rote Armee schlemmte, sollte die Bevölkerung dem Hungerstode eigenentgegen. Nur ein einziger Punkt war es, den auch die Bolschewisten nicht völlig mehr anhaben: die Geldwirtschaft. Nachdem die Geld als Finanzkäufer sehr bekanntes Telegramm nach Berlin geschickt hatte, das ihm die Antwort entzog: „Wir warnen vor Experimenten“, konnte sich so wie so kein Wunderwerk mit ausländischen Gebieten, mit dem „Ausland“ entwickeln. Jeder einzelne, selbst die Proletariat, wie ein dießförender Rufus des Finanzbedürftigster bereit, vertiefen auf Rosenhampfen, die Deffnung der Banktür, aus denen die Millionen kommen sollten, war ein glänzender Mißerfolg, und so ging man nach Art von Hülshorn aus Schwaben, indem man auf photomechanischem Wege früheres Bahlengel reproduzierte — Ueberdenkung! Auch das letzte Justizmittel wurde in Vorkäufel gebracht, Unteiligkeit der Privatvermögen, Beschlagnahme von Gold, Silber- und Brillanten-Schmuckstücken, worauf selbst Wackmer die zutreffende Antwort gab: „Mit Diamanten kann man die Arbeiter nicht bezahlen.“

Die Schäden, die aus den Münchener Schredenstagen für die bayerische, wie für die gesamte Volkswirtschaft erwachsen sind, sind gewaltig. Über ein Guttes hat der jetztwige Krisenstand des roten Terrors gekostet: Hunderttausende von Arbeitern, Millionen von Deutschen haben die Segnungen des Bolschewismus am eigenen Leibe gespürt. Für sie nach für die weiten Kreise, die aus ihren Erfahrungen klagen gesehen werden, wird es nunmehr helfen: Bestigta terrort! Die Spuren schrden.

### Mit den bewährten Christlichen Grundsätzen ins neue Deutschland

In dieser Artikelserie in unserem Verbandsorgan gestatte ich mir noch einiges ergänzend hinzuzufügen: Es muß zugewiesen werden, daß unsere Mitgliederverammlungen nicht allgemein den Aufgaben und Erwählungen, die an sie gestellt werden müssen, entsprechen. Der Grundfehler liegt m. E. in einer zu mangelhaften oder sogar fehlender entsprechender Vorbereitung. Besonders in den Verammlungsstellen verlassen sich unsere Ortsgruppenvorsitze allzusehr auf die freigestellten Kollegen, die als Referent zur Verammlung kommen, indem der schon die Sache machen sollte, kommt der Kollege, dann krazende Gesichter an Vorkonferenz. Die Situation ist gewaltig. Fragt der Kollege nach der Tagesordnung, sofort wiest der Vorstehende, seinen Kopf nach rechts und links, tuschelt mal mit dem Schriftführer, mit dem Kassierer und die Tagesordnung ist fertig. Aber sie muß noch schnell gemacht werden. Da hat es an der Vorbereitung gefehlt. Vorkonferenz und Vertrauensleute müssen vor jeder Verammlung zusammenkommen und die nächste Mitgliederverammlung besprechen und die Tagesordnung festsetzen. Zur Vorbereitung gehört auch eine gute Verammlungspropaganda.

Hier muß der Schriftführer seines Amtes walten. Mit einigen wenigen niedergeschriebenen Worten an die Redaktion des Verbandsorgans in Dutsburg und den am Ort erscheinenden Tagessetzungen wird auf die Verammlungen, mit Tag, Stunde und Lokal, hingewiesen. Etwas Verammlungsentscheidungen besonderer Art in gebundener Form dürfen nicht zu früh aber auch nicht zu spät, den Mitgliedern übermittel werden. Aber das alles ist nicht das Unbrauchbarste gute Verammlungsbesuch zu erhalten. Dieses Mittel ist und bleibt die schätzvolle Werbung für den Verammlungsbesuch das gute Beispiel. Wie ein Raufwerk müssen in den Betrieben und Bezirken von den Vertrauensmännern die Verammlungen und Mitgliederverammlungen unseres Verbandes bekannt gemacht werden. Die „Verammlungsstunden sind an den Türen“ heranzuziehen und den „Verammlungsstundenmotorischer Art“ ist eine Aktion zuzustellen werden zu lassen, so ihrer Standesfinder im Gehier.

Nun zur Verammlung selbst. Der Vorstehende ist der Herrmann der Ortsgruppe. Aus der Mitgliedschaft erfordern darf dieses Mann nicht gefühllos vor sich gehen, damit nur einer da ist. Nein, ein ganzer Kopf mit Tatkraft und Autorität hat alle Seiten in sich zusammenlaufen läßt, der die Details der Stoffführung, der Beitragszahlung, der Mitgliederliste, der Besetzung der Ortsgruppe kennt, wie der Kassierer, der dem Schriftführer und allen Vorkonferenzmitgliedern und Vertrauensmännern ein genaue folgender Führer ist, steht an der Spitze der Ortsgruppe. Er leitet die Verammlung. Fertigkeit liegt bei Verammlungsprogramm vor ihm. Bei Eröffnung der Verammlung verrät er Kühnheit, Entschlossenheit und Sicherheit. Seine Begrüßungsworte an die Verammlungsmitglieder ergeben schon „das los ist“, was in der Verammlung geschehen soll. Einleitend an wichtige Tagesertrgnisse, betriebliche Verbesserungen, gewerkschaftliche Zusammenhänge u. a. gibt er die Tagesordnung bekannt. Das Zusammenleben über schließlichen Verammlungsbesuch fällt fort, wenn es wie es meist geschieht, immer gelingem wird, dazu noch stets dieselbe Fehler, daß höchst selten er auf die Dauer als beim Lebenmann die an sein Ohr Mündiger moderne Stoffschaukunst. Festhaltung und Wahrung über schlechten, bedrückenden oder guten Verammlungsbesuch werden mit einem Satz ausgesprochen. Die Tagesordnung muß und kann sich den Erwartungen der Verammlungsmitglieder sehr wohl meistens anpassen. Sie kann deren Interessen wahren, befriedigen und ihn damit zum weiteren Verammlungsbesuch anspornen. Der aber nie in der Mitgliederverammlung etwas von „schwerer Stunde“ hörte, der selten etwas „nimmt“, was seine Person und Angelegenheit betrifft, wird bald in der Verammlung fehlen. Und das ist auch nur Mahnungen über gemachte Fehler und Unwissenheit, er wird weiterkommen, denn nur bei der Wurst der richtige Ton gefunden wurde. — Also in der Mitgliederverammlung auch Bericht von den Arbeiterauswählungen, gesunde Kritik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Besprechungen über das Verbandsstatut, Bekanntmachungen des Zentralvorstandes und der Bezirksstelle, wichtige Artikel des Verbandsorgans u. s. f. Angeht dieses Stoffes fragen dann noch einmal Vorkonferenz nach einer Tagesordnung und schon hilflos in die Welt umher. Wie fördern wir das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegenschaft in den Betrieben? Wo sind die Mittel für die Mitglieder? Was macht und wie beschaffen ist der „frei“ organisierte Mitarbeiter in den Betrieben? Was sein Mittel Anrechnung und Verrent und mit welchen Rechten beleuchtet er sein gemeinsames Vorgehen gegen die falsche Arbeiter und Arbeiterinnen? Das sind Fragen, denen wir angesichts neuerer Vorkonferenzen und der politischen Struktur gemäß nicht außer Acht lassen dürfen. In einer Anknüpfung, durch Anrechnung der zuständigen Stellen, nach dem „Kopf und Reiter“ richtig genannt werden können und durch Bekanntheit in der Öffentlichkeit wie der sozialdemokratische Grundtag der Väterliebe in Wirksamkeit ansieht müssen unsere Anhänger Mut, Hilfe, Vertrauen und Güte haben.

In heutiger Zeit drängt sich der Stoff geradezu, um eine Verammlung interessant zu gestalten und den Besuchern Spannung zu machen. Und daraus kommt es an. Wenn auch der Referent einmal ausnahmsweise fehlt, weiß wichtigere Angelegenheiten an eine andere Stelle rufen, so müssen unsere Vorkonferenz sich heute jedoch durchsetzen und wenn gut vorbereitet wurde geht es auch, daß schon einmal eine Mitgliederverammlung ihrem Zweck und den Erwartungen gerecht wird. Verantwortlich soll und muß ein Vortrag stattfinden, denn die Verammlungen ist unser Spezialplatz, wo der Streit ausgetragen, geschlichtet und zur Standesarbeit und Christlichen Überzeugung reifen muß.

Unpünktlicher, verspäteter Verammlungsanfang ergibt den meisten Schluß auf Kosten der pünktlichen Besucher und bringt diese in Verwirrung. Das nachfolgende Ankommen der Referent dann nicht, sondern hemmt.

Im Vorkonferenz ist nichts neues gesagt, muß aber gesagt werden. Ist durch den Rufman neuer Kräfte und Mitarbeiter die die hier niedergelassen Anzügen und Mitarbeiter für Bewegung dienlich sind. Die angeführten Dinge unserer Verammlungsgepfaltung ist auch damit keineswegs erschöpfend. Die Ortsgruppen kann hierin jeder Dienst und Erfahrung auskommen sein zur Hebung des Verbands- und Verammlungslebens.



### Tarifverträge

In der heutigen Zeit steht die Schaffung von Tarifverträgen im Vordergrund der Interessen. Es wird die Frage nicht unangebracht sein, einige wichtige Fragen, die dieses Gebiet betreffen, hier kurz zu behandeln. Von den Kollegen in der Metallindustrie wird der Wert des Tarifvertrages im allgemeinen noch viel zu gering eingeschätzt, abgesehen von einigen Bezirken, in denen der Tarifgedanke schon längere Zeit Wurzel gefasst hat. Vielfach greift man zu einem Wechselspiel und schafft ein Lohnabkommen, um es mit dem stolzen Namen Tarifvertrag zu bezeichnen. Die Schaffung eines Lohnabkommens allein darf nicht unser Ziel sein, da hierdurch der bestmögliche Weg eingetretene Egoismus nur noch gefördert würde. Wollen wir rechte Gewerkschaftsarbeit leisten und unsere Mitglieder zu echten Gewerkschaftlern erziehen, so ist die Schaffung von Tarifverträgen notwendig, denn diese sichern das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters bei der Regelung aller, das Lohn- und Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen. Sie schaffen so die so lang-ersehnte Gleichberechtigung des Arbeiters, soweit das Verhältnis zum Arbeitgeber zum Arbeitnehmer in Frage kommt. Auf der anderen Seite stärken sie aber auch das Verantwortungsbewußtsein des Arbeiters, denn dadurch, daß derselbe als gleichberechtigt anerkannt ist, erwachen ihm auch gewisse Pflichten. Als eine der höchsten Pflichten sehe ich die strengste Einhaltung des Vertrages nicht nur seitens des Arbeitgebers, sondern auch der Arbeitnehmer an. Es wird gerade hier sehr viel davon abhängen, ob die Tarifverträge in der Zukunft weiter ausgebaut und so weiter zum Segen der Arbeiterschaft wirken werden. Wir müssen unsere Tariffähigkeit beweisen, d. h. die Tarife einhalten, sonst wird man in der Zukunft uns nicht mehr ernst nehmen und keine Tarifverträge mehr mit uns abschließen. Es zeigt von einem traurigen Tiefstand eines Teiles der Arbeiterschaft, wenn man dort, wo Verträge bestehen, diese ohne Einhaltung der Abmachungen einfach löst und nun Forderungen mit Gewalt durchsetzt. Dieses Treiben wird sich in der Zukunft rächen. Anfangs wurde schon von mir erwähnt, daß nicht nur Lohnabkommen, sondern Tarifverträge geschaffen werden müssen. Dieses ist vor allem dort notwendig, wo man mit Arbeitgebern zu rechnen hat, welche keinen oder keinem der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbänden angehören. Es muß Regelung der Arbeitszeit, der Ruhe-, Lohnzahlung, Ferien, Regelung der Arbeiterauschüßrechte und Schluß der selben sowie Regelung der sonstigen Rechte der Arbeiterschaft vorgesehen werden. Die Arbeitszeit ist zwar gesetzlich geregelt, notwendig ist es jedoch stets, dieselbe im Tarif festzulegen, der Vollständigkeit halber, sowie auch deshalb, weil Gesetze jederzeit geändert werden können.

Die Regelung der Lohnfrage ist ein besonders wichtiges Kapitel. Vielach herrschte noch die Ansicht, daß es das Richtige sei, Mindestlöhne zu schaffen. So gut wie dieses im ersten Augenblick erscheinen mag, so hat die Sache doch ihre Schattenseiten. Was der Arbeiter hier als Mindestlohn ansieht, gilt für den Arbeitgeber als Höchstlohn. Es ist darum schon aus diesem Grunde notwendig, daß man, nehmend für die gelehrten Arbeiter, Durchschnittslöhne vorzieht. Auch bei der Schaffung von Durchschnittslöhnen ist eine untere Grenze, welche als Mindestlohn gilt, vorzuziehen. Es wird hierdurch jedoch erreicht, daß nicht der Mindestlohn zugleich Höchstlohn wird. Des ferneren fördert man durch Schaffung der Durchschnittslöhne das gesunde Streben des Handwerkers, sein Können zu vervollkommen, um so einen höheren als den Durchschnittslohn zu erzielen. Damit wirkt man auch weiter noch im volkswirtschaftlichen Sinne, da wir in Zukunft den Weltmarkt nur wieder durch Qualitätsarbeit erobern können. Freilich müssen auch Kriterien geschaffen werden, damit auch wirklich der Durchschnittslohn an einen Durchschnittsarbeiter gezahlt wird; etwa nach der Richtung, daß Durchschnittslohn nur im Einverständnis mit dem Arbeiterauschüß oder einer Fach- oder Lohnkommission unter- schritten werden darf. Eine weitere wichtige Frage ist die Stellung der Akkordarbeiter. Bei dem größten Teil der Arbeiterschaft wird der Ruf nach Abschaffung der Akkordarbeit laut. So sehr dies auch wegen der bisher bestandenen Mißstände auf diesem Gebiete zu verstehen ist, so ist es doch im Interesse unseres Wirtschaftslebens unbedingt notwendig, dieselbe zu erhalten. Die gewaltigen Mängel dieses Systems, welche sich bisher bemerkbar gemacht haben, müssen beseitigt werden. Grundsatz muß sein, daß der Arbeiter vor Beginn der Akkordarbeit genau über die Bedingungen (Preis usw.), unter welchen er die Arbeit herzustellen hat, unterrichtet ist. Dieses erfordert freilich, daß der Arbeiter nicht nur ein tüchtiger Arbeiter, sondern auch zugleich Kalkulator ist, damit er sich vor Schäden schützen kann. Als ungesund muß ich bezeichnen, wenn für die Akkordarbeiter ein besonderer Grundlohn geschaffen wird, welcher niedriger ist als der für Lohnarbeiter. Der prozentuale Mehrerwerb, welcher dazugegeben wird, ist nur ein Scheingehälde und führt zu Trugschlüssen. Ein Akkordarbeiter, welcher einen Grundlohn von 1,50 M. hat und dazu 20 Prozent Akkordzuschlag bekommt, erhält dann ebenfalls nur den Lohn von 1,80 M., den sein Kollege, der ständig im Lohn arbeitet, erhält. Dieses System ist in manchen Bezirken beliebt. Es hat nicht nur den Nachteil, daß dem Arbeiter ein Mehrerwerb von 20 Prozent vorge- schrieben wird, sondern es birgt noch den Nachteil in sich, daß der Akkordarbeiter, wenn er vorübergehend im Lohn beschäftigt ist, den um 20 Prozent niedrigeren Lohn erhält als der Lohnarbeiter. Mit diesem System muß unbedingt ge- brochen werden, denn es wird wieder gewaltige Mißstände in den Kreisen der Akkordarbeiter auslösen und das Be- streben auf Beseitigung der Akkordarbeit fördern. Die Ein- richtung einer Lohnkommission, welche zur Beilegung der Streitfälle über Akkordpreis usw. mitzuwirken hat, ist eben- falls Beachtung zu schenken.

Den Arbeiterauschüßmitgliedern ist ferner ein weiterer Schutz zu sichern, dadurch, daß man Bestimmungen schafft, nach denen ein solcher nur durch den Vetter des Betriebes gekündigt werden kann und letzten Endes der Schlichtungsan- schuß über die begründete Kündigung zu entscheiden hat. Auch für die Vertrauenspersonen der Gewerkschaften ist eine Schutzbestimmung zu schaffen, um auch diese vor ungerechtem Druck zu schützen. Eine weitere Notwendigkeit ist es, alle Kollegen über das Wesen eines Tarifvertrages aufzuklären und so Verständnis für dieses große Werk zu wecken. Gute Dienste hierbei wird ein Schriftchen, welches von Dr. jur. Steinhaus verfaßt und von der Autverlags-Buchhandlung in Münster (Titel: Auf dem Wege zur konstitutionellen Fabrik)

zu beziehen ist, leisten können. Je mehr der Gedanke der Wichtigkeit der Tarifverträge sich Bahn bricht, desto mehr wird das Verantwortungsbewußtsein gestärkt und eine bessere Würdigung der Gewerkschaftsarbeit erreicht werden.

D. Br.

### Zechenmetallarbeiterchaft und Ruhrstreik

Der Kampf um die Zechenmetallarbeiterchaft wird von den Bergarbeiterverbänden und auch vom Gewerksverein christlicher Bergarbeiter in einer Art und Weise geführt, die unter Bruderverbänden nicht üblich sein sollte. Wir haben lange genug zu den Unwürden des Organs des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter geschwiegen, weil wir uns der Hoff- nung hingaben, daß durch eine „Verständigung“ zwischen den beteiligten Verbänden der Faux aus der Welt geschafft werden könnte. Darin haben wir uns getuschelt. Im „Bergknäppen“ und in Andeutungen in der Tagespresse (siehe Gelsensträßer Zeitung über die Ruhrbergarbeiterkon- ferenz) versuchte man von Gewerksvereinsseite immer wieder, den Zechenmetallarbeitern und damit auch dem christlichen Metallarbeiterverband etwas am Heuge zu fällen. Wir haben auch dazu im Interesse des lieben Friedens geschwiegen. Jetzt aber bringt der „Bergknäpp“ in Nr. 20 vom 17. Mai einen Artikel „Für Charakteristik der Metallarbeiterverbände“, der den Faux den Boden ausschlägt. Es heißt darin: „Die Metallarbeiter — auch Angehörige des christlichen Metall- arbeiterverbandes — führten im vergangenen Monat im Ruhr- bergbau ebenso wie die Spartaisten und Kommunisten einen Streik.“

Das soll bei Unkundigen natürlich den Eindruck hervor- rufen, die Metallarbeiter sind im Grunde genommen nicht besser als die Spartaisten auch, zumal es in dem Artikel des Bergknäppens nur sehr verschleiert steht, warum die Zechen- metallarbeiter streikten. Gegen solche Darstellungswiese des Bergknäppens erheben wir schärften Protest.

Nur eine vollständige Umkehrung aller Tatsachen kann diesen aus den elementarsten gewerkschaftlichen Gründen ge- führten Zechenmetallarbeiterstreik mit dem politischen Ruffschrei der Verpöschung auf eine Stufe stellen, bei dem, wie gemeinet wird, s. W. in Worten und Dornmund Mitglieder des Ge- werksvereins für die politischen Forderungen der Spartaisten gestimmt haben. Vielleicht verwechselt der Bergknäpp in seinem Artikel seine Leute mit den anderen.

Um die Lohnbewegung der Zechenmetallarbeiter zu ver- stehen, muß man sie bis zu ihrer Entstehung zurück verfolgen, und nicht, wie der „Bergknäpp“ mit der Feststellung an- fangen, daß angebliche „Vertreter der beteiligten Metall- arbeiterverbände“ (Anmerkung: Die es nicht gibt; es war eine Delegiertenkonferenz, einberufen von der Arbeitsgemein- schaft der Metallarbeiterverbände) am 9. März eine Entschlie- sung angenommen hätten, worin es heißt: Die Zechenmetall- arbeiter erheben am 15. März zum 31. März 1918 einmütig die Forderung ein, wenn ihre Forderungen nicht anerkannt werden.“

#### Festgestellt sei folgendes:

Bereits am 26. August 1918 fand in Essen eine Dele- giertenkonferenz der Zechenmetallarbeiter statt, in welcher man außerordentliche Mißstände in Fragen der Lohn- und Arbeits- verhältnisse der Zechenmetallarbeiter feststellte, die darauf zurückzuführen waren, daß alle Handwerker, Maschi- nisten usw. mit den Schichtlöhnen über Tage auf eine Stufe gestellt und danach wahrhaft stiefmütterlich entlohnt wurden. Den Bergarbeiterverbänden ist es bis heute nicht eingewill- len, die Handwerker so zu bewerten, wie sie es verdienen, oder auch nur den eigentlichen Vergleichen gleich zu erachten, und das werden sie auch wahrscheinlich nicht tun, wie bis in die neueste Zeit hinein bewiesen ist. So wie heute Fälle vor- liegen, haben auch damals die Arbeiterauschüße verlangt, sogar zum Teil bösmüßigerweise, sodas die Zechenmetall- arbeiter immer mehr Ansehens an ihre Berufsorganisationen suchen und am 25. August dann bereits allgemeine Forde- rungen aufstellten.

In weiteren Konferenzen, u. a. am 1. Dezember in Gelsen- sträßen und am 15. Dezember in Essen prinzipielle man die Forderungen genauer und forderte wiederum Hinzuziehung von Vertretern der Metallarbeiterverbände zu Verhandlungen über Lohnfragen der Zechenmetallarbeiter.

Durch die Quartalkonferenzen der Bergarbeiterverbände wurde letzteres mehrfach verteidigt, sodas die Sache gelegentlich einer Konferenz am 9. Februar bereits in ein kritisches Stadium getreten war. Im Laufe des Februar kam es dann zu plöb- lichen Arbeitsmieberlegungen u. a. auf den Schineseechen, wobei die Metallarbeiterverbände vermittelnd eingriffen und die Streitigkeiten beilegen konnten.

Bis zur eingangs erwähnten Konferenz am 9. März war die Erregung der Zechenmetallarbeiter über die fort- währende Verzögerung und das mangelnde Entgegenkommen des Zechenverbandes derart gestiegen, daß die Delegierten sich auferstanden sahen, ihren Mitarbeitern eine weitere Ein- schließung der Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen zuzumuten, daher der einstimmige Kündigungsbeschluß.

Am 14. März fanden die Verhandlungen zwischen Zechen- verband und Vertretern der Metallarbeiterverbände statt, die vollkommen unfruchtbar verliefen und über die am 22. und 29. März im Verbandsorgan eingehend berichtet worden ist.

Jetzt stellt der „Bergknäpp“ erneut die unwahre Behaup- tung auf, die Vertreter der Bergarbeiterverbände hätten dabei „die Zechenmetallarbeiter herausgeschlagen, was zu erreichen war, nachdem die Vertreter der Metallarbeiterverbände die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen hätten.“

Wahr ist: Die Bergarbeitervertreter nahmen das bereits den Metallarbeitervertretern gemachte „Angebot des Ze- chenverbandes“ einfach an, das jedoch ein „Hohn auf die Forderungen der Zechenmetallarbeiter“ war.

Der „Bergknäpp“ wirft uns jetzt „Treiben zum Streik“ vor und sagt in seiner Nummer 19: „Die Metall- arbeiterverbände hätten den Streik prokla- miert.“

Das heißt denn doch wohl, in unverantwortlicher Weise die Tatsachen auf den Kopf stellen. Gasse man doch die vorausgegangenen Umstände genau ins Auge, wie gerade der

Gewerksverein christlicher Bergarbeiter der Anerkennung des Metallarbeiterforderungen entgegengetreten, alle Forderungen mittel gegen uns anwandte, das bekannte Flugblatt „Berg- knäpp“ und „Bergknäpp“ herausgab, dann wird man gerich- teter im Zweifel sein, daß durch dies gekennzeichnete Ver- halten die Zechenmetallarbeiter dort, wo ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, erst recht in den Streik hineingetrieben wurden.

Also nicht die beschlossene Kündigung, sondern die von ausgegangenen Umstände gaben die Veranlassung zum Streik. Dazu muß noch festgestellt werden, daß auf den in Frage kommenden Schachtanlagen die Arbeiterschaft am 31. März eine geheime Abstimmung vorgenommen hat, wodurch der Streik beschlossen wurde.

Die Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes haben bis zum letzten Augenblick versucht, auf diesen Zechen- ein Einigung zu erzielen und auch in Wort und Schrift die Verhältnisse klarzustellen sich bemüht. So, wenn nicht so be- deutliche Arbeiter-Ausgangsmittel, namentlich Gewerks- eiter vorhanden gewesen wären, wäre es wahrscheinlich nicht zum Äußersten gekommen.

Charakteristisch für den „Bergknäpp“ ist, daß er auch noch eine Kopie der sozialdemokratischen „Essener Arbeiter- zeitung“ anführt, um dem „Deutschen Metallarbeiter“ etwas am Heuge zu fällen. Es mag nur noch folgendes gesagt sein: Wenn die Vertreter der Bergarbeiterverbände am 14. März die Forderungen der Zechenmetallarbeiter ebenso verfochten hätten, wie die Metallarbeiterverbände, und nicht durch die passives Verhalten dem Zechenverband den Rücken gekehrt hätten, dann wären die Zechenmetallarbeiter nicht gezwungen gewesen zu streiken. Hätten ebenfalls am 1. April die organisierten Bergarbeiter auf den in Frage kommenden Schach- tanlagen geschlossen erklärt, nur gezwungen ermaße zu feiern und nicht den spartaistischen Zechern das Feld über- lassen, dann hätten die Zechenmetallarbeiter nicht so lange um die Anerkennung ihrer Forderungen kämpfen brauchen.

Die Tatsachen bekommen ein ganz anderes Gesicht, wenn man ihren Ursachen nachgeht.

Es ist bedauerlich, daß man gezwungen ist, gegen der- artige Beschuldigungen, die aus Bruderverbänden kommen, sich zu wehren. Daß dieses unserer großen gemeinsamen Sache nicht zum Nutzen gereicht, sollte schließlich auch der Gewerks- verein einsehen. Eins aber sagen wir offen, daß wir absolut keine Lust haben, den Bergknäppens für die schlechten Taten des Gewerksvereins abzugeben. Das mag man sich merken.

Nach wie vor werden wir arbeiten an der Hebung der Lage der Zechenmetallarbeiter, wie wir es auch zum Behun- der Zechenmetallarbeiter bis jetzt getan haben. Die Zechen- metallarbeiter aber mögen durch Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband dokumentieren, wohin sie gehören.

### Streiflichter

#### „Sozialismus ist Gemeinschaftsarbeit“

lagte der satfam bekannte Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Vordörfer in der Württembergischen Landesversammlung und verles die paar Tage später in Heidelberg die sozialdemokratischen Arbeiterorganisations- nachricht sozialdemokratischer Manier zu Meidern und zu terrorisieren. Im Parlament redet Vordörfer schwere Dinge von Menschenverbrüderung und Gemeinschaft, und wenn es darauf ankommt, sie in die Tat umzusetzen. In Vordörfers diktatorischer als der realistischste Schatzmacher. Das nimmt ja auch nicht weiter Wunder, denn bei der Sozialdemokratie sind Theorie und Praxis immer zwei entgegengesetzte Dinge gewesen. Vordörfer gibt den Spartaisten ein aufmunterndes Vorbild und wenn der Sozialismus als Gestaltung es nicht einmal soweit bringt, daß die sozialdemokratischen Gewerks- schaften sozial Gemeinbewußtsein aufbringen, daß sie mit Be- stätigung die politische zwar auf anderen Boden stellen, aber in den wirtschaftlichen Fragen der Tarifverträge gemein- samen Handeln vorschlagen, in ihrer Interessenvertretung gegen den Unternehmer zusammengehen, wie soll ich dann eine Gemeinschaftsarbeit im Staatsleben mit anderen Berufsständen zusammen entwickeln können?

Im übrigen sind wir gespannt, wann bei der Sozial- demokratie sich einmal der Gedanke der so viel besungenen „Brüderlichkeit“ in Wirklichkeit durchsetzt. Vordörfer ist gegen- über Andersdenkenden bei der Sozialdemokratie ein Gemein- menschentum, gegen das unsere Großindustriellen Waffens- knaben sind.

#### Nur nicht die Börse

Die Sozialdemokratie hat sich stets als die radikalste und bestmögliche des Kapitalismus vorgestellt und demgemäß ihre Stimme angestrengt, damit man es auch glauben sollte. Der Sozialdemokratie hat sich stets als die radikalste und bestmögliche des Kapitalismus vorgestellt und demgemäß ihre Stimme angestrengt, damit man es auch glauben sollte. Der Sozialdemokratie hat sich stets als die radikalste und bestmögliche des Kapitalismus vorgestellt und demgemäß ihre Stimme angestrengt, damit man es auch glauben sollte. Der Sozialdemokratie hat sich stets als die radikalste und bestmögliche des Kapitalismus vorgestellt und demgemäß ihre Stimme angestrengt, damit man es auch glauben sollte.

Wenn es der Sozialdemokratie um wirkliche Bekämpfung des Kapitalismus zu tun wäre, dann würde sie doch schon längst die Wurzel des Baumes anfängen. Aber weil gefehlt. Der freundschaftlich-nachbarliche Zusammenhang zwischen Sozial- demokratie und Börse gibt doch sehr zu denken.



Wohin?

Die Zeit ist wieder da, wo die Kinder aus der Schule...

Table with 2 columns: Year (1. Jahre, 2. Jahre, 3. Jahre) and Wage (0.00-1.80 M., 1.30-1.80 M., 1.80-3.80 M.)

Nun sind Vorkontrakte von 4 Jahren schriftlich, anderer...

Auf dem Wege zum Niederbruch

Das ganze Land, das über die Eisenindustrie...

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Stadt Duisburg...

Nach Schluß der Berichterstattung in den Leistungen...

Diese Zahlen sprechen so deutlich, daß irgend ein...

Daß ein solcher besammernswürdiger Ausgang der...

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im...

Die Ortsgruppe Sedlitz erhält die Genehmigung zur...

Die Ortsverwaltung Sedlitz erhält die Genehmigung zur...

Die Ortsverwaltung Eising 10 Pf. am 1. Junl.

Aus dem Verbandsgebiet

Am 1. d. M. Die in den Gewerkschaften...

Funk & Quet, Erkenzweig & Schwemann, Edding & Hol...

Warendorf. Im Jahre 1918 setzte hier in Warendorf...

Wohlf. I. B. Das Christliche Gewerkschaftsamt hatte...

Gelbeingänge bei der Hauptkasse

Monat April

- Weingarten 1700,-; Gelsenkirchen 150,75; Gildesheim...

Verfallungs-Kalender

Samstag, den 24. Mai 1919:

- Wesertal-Verein. 7 Uhr abends. Essen-Str. 7 Uhr...

Hochschüler ersten Ranges mit vielen Abteilungen.

- Der Metallarbeiter 9,20 M. Der Hochschüler 11,70 M. Werk...

Rationalisation und moderne Arbeitsmethoden im Maschinenbau. Von D. Schwenn, 248 S., 153 Abb., geb. 6.50 M.